

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 52. Ratssitzung vom 3. Juni 2015**

### **1000. 2014/321**

#### **Motion der SVP- und FDP-Fraktion vom 22.10.2014:**

#### **Budget 2017, Reduzierung der Lohnkosten sowie Berichterstattung über die in den Dienstabteilungen gestrichenen und verschobenen Stellen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

**Martin Bürlimann (SVP)** begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 434/2014): *Um 2017 ein ausgeglichenes Budget zu erreichen, müssen gewisse Tätigkeiten der Stadt aufgegeben oder reduziert werden. Die Antwort des Stadtrats auf unsere Motion ist inakzeptabel: «Insbesondere das Stellenwachstum im Gesundheitsbereich, in den Industriellen Betrieben, im Polizei- sowie im Schul- und Sportdepartement liegt stark in den oben genannten Entwicklungen begründet, weshalb in diesen Bereichen kein genereller Aufgaben- und Stellenabbau möglich ist. Eine Reduktion der Personalkosten hätte entsprechend einschneidende Auswirkungen auf die Qualität der zu erbringenden Dienstleistungen und die Belastung des verbleibenden Personals.» Die Motion will ja gerade keinen Abbau bei den Kernaufgaben des Staats, sondern eine massvolle Reduktion bei überflüssigen Tätigkeiten. Die Reduktion soll ohne Kündigungen vollzogen werden. Bei 20 000 Stellen ist dies problemlos möglich; die Fluktuation liegt bei rund 5 %. Man wird feststellen, dass vieles, was über die Jahre gewachsen ist, getrost einfacher erledigt werden kann. So braucht es z. B. nicht jeden Rapport und nicht jede Sitzung, und viele Abläufe können gestrafft werden. Lohnsenkungen sind nicht erforderlich. Bereits im Budget 2014 finden sich positive Beispiele dafür, wie auf Wiederbesetzungen offener Stellen verzichtet und dadurch der Personalaufwand gesenkt wurde. Der Stadtrat kennt die Fakten: «Im Rahmen des Projekts 17/0 hat der Stadtrat verschiedene Massnahmen ergriffen, um die Personalkosten zu senken. Diese zeigten 2014 bereits erste Wirkungen: Der Personalaufwand blieb 20 Millionen Franken unter Budget [...].»*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Personalkosten sind für den Stadtrat kein Tabu. Neben der Stellenzahl hinterfragen wir auch die Lohnkosten pro Mitarbeiter. Dazu werden wir zwei Vorlagen bringen. Eine pauschale Forderung, wie die Motion sie stellt, erachten wir aber nicht als sinnvoll.*

**Dr. Urs Egger (FDP):** *Während es in der vorher behandelten Motion um externe Ressourcen ging, geht es hier um interne Ressourcen. Für eine Institution wie die Stadt Zürich stellt sich die Frage, wie der Ressourcen-Mix auszusehen hat. In den letzten Jahren sind die Zahlen in beiden Fällen gestiegen. Die Lohnkosten ergeben sich aus der Anzahl und aus den Bedingungen der Stellen. Um insgesamt einen Effekt zu*

erzielen, muss also bei beiden Faktoren angesetzt werden. Für entsprechende Massnahmen räumt die Motion genügend Zeit ein.

**Jonas Steiner (SP):** Vor zwei Jahren lehnte auch die FDP eine Motion, die eine Plafonierung der Lohnkosten für die nächsten Jahre vorsah, ab. Es wurde anerkannt, dass in einer wachsenden Stadt neue Aufgaben dazukommen. Diese Aufgaben sah die FDP damals richtigerweise in der Grundversorgung. Heute will sie eine Motion einreichen, die viel weiter geht, indem sie eine pauschale Senkung der Lohnkosten fordert. Dies soll obendrein innert kürzester Zeit geschehen. Aber das Bevölkerungswachstum lässt vor allem im Gesundheitsbereich, in den Industriellen Betrieben, im Polizei- sowie im Schul- und Sportdepartement sicher keinen Stellenabbau zu.

**Walter Angst (AL):** Eine Motion ist kein geeignetes Mittel, um ein Budget-Anliegen durchzusetzen. Die Lohnkosten liessen sich eigentlich relativ einfach senken: Der Stadtrat bräuchte nur das Elektrizitätswerk (ewz) auszugliedern. Sollen aber von den rund 20 500 Vollzeitäquivalenten 1000 budgetwirksam gestrichen werden, muss in der engeren Verwaltung, die ja steuerfinanziert ist, angesetzt werden, und dort arbeiten nur etwa 5000 Personen. Das Anliegen ist im Prinzip nicht motionabel, und eine ernsthafte Umsetzung wäre für die Stadt eine Wahnsinnskur.

**Katharina Prelicz-Huber (Grüne):** Eine Umsetzung der Motion würde einen Abbau des Service Public bedeuten. Die Stadt wächst aber, und zwar gewollt. Damit die Lebensqualität in Zürich weiterhin so hoch bleibt, müssen die anfallenden Aufgaben gut erfüllt werden. Wie die Bevölkerung einen guten Service Public erwartet, so sollen die städtischen Angestellten auch gute Bedingungen vorfinden. Die Leistungen und Angebote der Verwaltung sind nicht abstrakt, sondern demokratisch legitimiert. Es ist zynisch, wenn die Motionäre noch von Sozialverträglichkeit sprechen, obwohl sie den Abbau postulieren.

**Roger Liebi (SVP):** Tatsächlich wachsen die Aufgaben ständig mit der Bevölkerung, während auf der anderen Seite die Einnahmen sinken. Ein künftiger Entscheid des Stadtrats wird bestimmt den Stellenabbau über die Fluktuation zum Gegenstand haben. Wer sich der finanziellen Entwicklung unserer Stadt verschliesst, verschliesst den künftigen Generationen die Chancen, denn eine Stadt, die nur noch aus Verwaltung besteht, kann nicht funktionieren.

**Hans Urs von Matt (SP):** Ein Personalstopp lässt sich nicht so einfach über die Fluktuation bewerkstelligen: Wenn einer aus einem Arbeitsteam scheidet, bleibt der Arbeitsanfall gleich gross, und es ist nicht realistisch, die verbleibenden Teammitglieder zu mehr Arbeit anzuhalten und mit noch mehr Stress zu belasten – erst recht nicht, wenn sie gleichzeitig weniger Lohn erhalten sollen. Über den Gesinnungswechsel der FDP bin ich erstaunt.

**Andrea Nüssli (SP):** Wer findet, es liessen sich locker 20 % der Stellen streichen, sagt damit, die Verwaltungsangestellten seien nicht produktiv. In vielen Berufen ist es

3 / 3

*undenkbar, eine 100%-Stelle auf z. B. 60 % zu kürzen, man denke etwa an eine Lehrerin oder an eine Krankenschwester. In gewissen Abteilungen der Verwaltung liesse sich hingegen vielleicht durchaus etwas einsparen. Im Fall von Fluktuation könnte man das genauer anschauen. Anstelle von Pauschalkürzungen würde ich mir aber konkrete Angaben zu Kürzungsmöglichkeiten wünschen. Die gestiegenen Personalkosten sind eine Tatsache. Mit Stellenstreichungen kann die SVP dieses Problem – oder ihr Bevölkerungswachstumsproblem – aber nicht lösen.*

**Marc Bourgeois (FDP):** *Was in privaten Unternehmen mit einer vergleichbar hohen Mitarbeiterzahl geht, muss in der Stadt Zürich auch gehen. Äussere Faktoren können eine Reduktion der Belegschaft schlicht und einfach erfordern. Geld spart man nicht, indem man z. B. weniger Kopien macht, sondern indem man Stellen abbaut. Die Stadt muss eine Aufgabenreduktion über eine Stellenreduktion vornehmen.*

**Martin Bürlimann (SVP):** *In den Budgetdebatten haben wir Dutzende, wenn nicht Hunderte konkrete Sparanträge gestellt. Diese wurden alle abgelehnt mit der Begründung, genau hier dürfe nicht gespart werden. Nun sagt man uns, eine pauschale Senkung sei nicht möglich, wir müssten sagen, wo genau gespart werden soll. Mit unserem Vorschlag lassen sich ohne Stellenabbau und ohne Abbau von Aufgaben substanziell Kosten einsparen. Sparmassnahmen sollten eingeleitet werden, bevor ein Defizit vorliegt. Es sollen, wie gesagt, nicht die Kernaufgaben angetastet werden, sondern Überflüssiges.*

**Dr. Urs Egger (FDP):** *Wir haben klar gesagt, dass es in erster Linie um die Anzahl der Stellen geht, nicht um die Anstellungsbedingungen. Richtig kombiniert mit dem Vorschlag des Stadtrats, der an den Bedingungen schraubt, erzielt man Ergebnisse. Plafonierung ist ein starres Instrument, unsere Motion aber ist auf Flexibilität angewiesen. Unsere Argumentation ist kein Widerspruch zu der Haltung, die wir vor zwei Jahren hatten.*

Die Motion wird mit 41 gegen 77 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat